



Informationstag "Elektronische Signatur"

Gemeinsame Veranstaltung von TeleTrusT und VOI

Berlin, 17.09.2015

Novellierung des Signaturgesetzes

Paul C. Johannes, Universität Kassel



Novellierung des Signaturgesetzes

Paul C. Johannes

Informationstag "Elektronische Signatur"

Gemeinsame Veranstaltung von TeleTrusT und VOI

Berlin, 17.09.2015





Anwendungsvorrang der elDAS-Verordnung



- **Unmittelbare Anwendbarkeit** der Verordnung ohne nationalen Umsetzungsakt und verbindlich in all ihren Teilen, Art. 288 AEUV
- **Nationales Recht** gilt weiterhin
- **Integrationsfunktion** des Unionsrechts
- elDAS beruht auf Art. 114 AEUV um Rechtsvorschriften im Binnenmarkt. anzugleichen
- Regelungen widersprechen sich teilweise
- Im Konfliktfall Anwendungsvorrang der EU-Verordnung
- Auch Anwendungsvorrang der abgeleiteten Rechtsakte





Anwendungsvorrang

· Kein Geltungsvorrang

Konflikt

· Normen regeln gleichen Sachverhalt unterschiedlich

Fortgeltung nationalen Rechts

- · Unionsregelung ist unvollständig;
- · Anwendbar auf innerstaatliche Sachverhalte



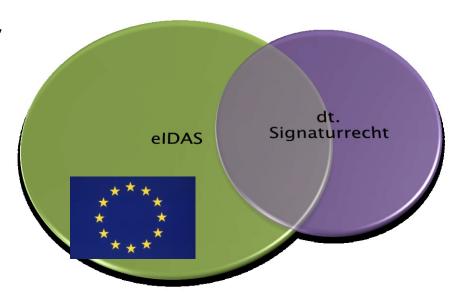
Erlass neuer nationaler Regelungen

· Geeignete Durchführungsregelungen

Konkretisierung von eIDAS durch das bestehende SigG

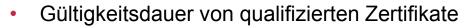


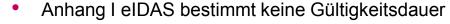
- Anwendungsvorrang gilt soweit Vertrauensdienste grenzüberschreitend in Anspruch genommen werden können.
- Widersprechende Regelungen von SigG/SigV werden nicht angewandt.
- Soweit nationale Regelungen ausfüllungsbedürftige Tatbestände der Verordnung zielgerichtet ausfüllen besteht zu ihr kein Konflikt.
- eIDAS nicht anwendbar auf
 - geschlossene Benutzergruppen,
 - interstaatliche Sachverhalte,
 - Formvorschriften,
 - neue Vertrauensdienste.



Konkretisierung von eIDAS durch das bestehende SigG







- § 14 III SigV beschränkt auf 10 Jahre
- Dauer der Vorhaltung qualifizierter Zertifikate im Verzeichnisdienst
 - Art. 24 IV elDAS über dessen Gültigkeitsdauer hinaus
 - § 4 I SigV mind. 5 Jahre
- Prüfung von Attributen
 - Art. 28 III eIDAS können Zertifikate fakultative Attribute enthalten
 - §§ 5 II, III; 7 II SigG und § 3 II; 14 II, III SigV regeln Prüfung und Inhalt von Attributen
 - Unterrichtung des Antragstellers
 - Art. 24 II d) eIDAS fordert klare und verständliche Unterrichtung über Dienst
 - § 6 I, II SigG sowie § 6 Nr. 1, 2, 3, 5, 7 SigV enthalten konkrete Vorgaben dazu



- Art. 24 III eIDAS fordert Registrierung, Veröffentlichung, Wirksamwerden eines Widerrufs
- § 8 I und II SigG enthalten Voraussetzungen für Sperrung; § 7 SigV Identitätsprüfung





Konkretisierung von eIDAS durch das bestehende SigG







- Art. 24 II eIDAS verlangt ausreichende Finanzmittel und angemessene Haftpflichtversicherung
- § 12 SigG und § 9 SigV konkretisieren diese unbestimmten Rechtsbegriffe
- **Datenschutz**



- Art. 4, 24 II b) und j) elDAS enthält allgemeine Verweise auf DSRL
- §§ 14 I, 5 I und 10 II SigG Erlaubnisvorschrift für Datenverarbeitung

Personelle Anforderungen

- Art. 24 II eIDAS Personal und Unterauftragnehmer müssen über erforderliches Fachwissen, Zuverlässigkeit, Erfahrung und Qualifikationen verfügen
- § 5 III SigV präzisiert die Anforderungen
- Neusignierung und Beweiswerterhalt
 - Art. 34 I elDAS müssen qualifizierte Bewahrungsdienste Verfahren und Technologien verwenden um Vertrauenswürdigkeit von Signaturen zu verlängern.
 - § 17 SigV macht Vorgaben zur Neusignierung zu diesem Zweck

Umsetzungerfordernis durch nationales Recht



Ausgestaltungsmöglichkeiten und Umsetzungsspielraum der Mitgliedsstaaten in wenigen Regelungen der elDAS:

Ausgestaltungen

- · Identifizierung, Art. 24 I eIDAS
- Ausstattung Aufsichtsstelle, Art. 17 I eIDAS
- · Sanktionen, Art. 16 eIDAS
- Barrierefreiheit, Art. 15 eIDAS

Ergänzungen

- · Weitere Aufgaben der Aufsichtsstelle, Art. 17 IV eIDAS
- · Vertrauensinfrastruktur, Art. 17 V elDAS



Novellierung des Signaturechts



- Für innerstaatliche Sachverhalte gelten Regelungen des SigG und der SigV fort.
- Viele der Regelungen sind auch auf grenzüberschreitende Angebote ergänzend oder konkretisierend zu elDAS anwendbar.
- Aufgrund dieses Nebeneinanders von EU-Recht und nationalem Recht entsteht Rechtsunsicherheit.
- Zur Stärkung der Rechtssicherheit sind nationale Regelungen notwendig.
- (gilt für De-Mail-G entsprechend)



Rechtspolitische Forderung



SigG und SigV sind zu überarbeiten

Rechtsrahmen für nationale und grenzübergreifende Nutzung von Vertrauensdiensten geschaffen werden

Relevante Teile von eIDAS sind zu übernehmen.

Nicht mehr anwendbare Teile von SigG und SigV sind zu streichen

Weitergeltende Regelungen müssen angepasst werden

Weiterführende Literatur

Roßnagel, A.,

Der Anwendungsvorrang der eIDAS-Verordnung: Welche Regelungen des deutschen Rechts sind weiterhin für elektronische Signaturen anwendbar?, MMR 2015, S. 359-364.

ders.,

Neue Regeln für sichere elektronische Transaktionen: Die EU-Verordnung über elektronische Identifizierung und Vertrauens-dienste, NJW 2014, S. 3686-3692.

Roßnagel, A. / Nebel, M.,

Beweisführung mittels ersetzend gescannter Dokumente, NJW 2014, S. 886-892.

Jandt, S.,

Beweissicherheit im elektronischen Rechtsverkehr: Folgen der europäischen Harmonisierung, NJW 2015, S. 1205-1211.

Johannes, P.C.,

Elektronische Formulare im Verwaltungsverfahren: Neue Form des Schriftformersatzes, MMR 2013, S. 694-700.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!



Paul C. Johannes, LL.M. Rechtsanwalt



Wissenschaftliches Zentrum für Informationstechnikgestaltung (ITeG) Projektgruppe verfassungsverträgliche Technikgestaltung (provet)

Pfannkuchstr. 1 34121 Kassel

fon +49 (0) 561 804 6083

fax +49 (0) 561 804 6081

paul.johannes@uni-kassel.de

http://provet.uni-kassel.de/